

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 251

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver

Mittwoch, den 25. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten - Beforgung 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen den Vertretern der Ausgleichsämter ist eine Vereinbarung erzielt worden, nach der Deutschland bis zum Juli 1923 von den Ausgleichszahlungen befreit ist.

* Der Reichskanzler beriet mit dem Kabinett und mit den Fraktionsführern über die Devisenverordnung und die Getreideumlage, wegen der es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gekommen ist.

* Bradbury erklärte bei einer Kritik der Reparationspläne Barthou, die Stabilisierung der Mark könne nur erfolgen, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen erhält.

* Lloyd George griff in einer politischen Rede in Leeds seine Gegner scharf an und verteidigte seine Regierungsmethoden.

* Die internationale Arbeitskonferenz in Genf lehnte es ab, die deutsche Sprache als Amtssprache anzuerkennen.

Krisis?

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin über die innerpolitische Lage geschrieben:

Merkwürdig, so regelmäßig wie das Mädchen aus der Fremde stellt in Deutschland, seitdem wir von der konstitutionellen zur parlamentarischen Regierungsform übergegangen sind, eine politische Krisis sich ein, sobald der Reichstag nach längerer oder kürzerer Pause wieder am Königsplatz zusammenkommt. Möglich, daß diese unerwünschte Gewohnheit mit der Unfertigkeit unserer neuen politischen Zustände zusammenhängt. Möglich, daß die Parteien, die das neue Regierungssystem tragen, sich noch nicht genügend aufeinander eingepießt haben, möglich auch, daß das Wesen der Koalition als solches immer wieder Konflikte bedingt, die bei einheitlicher Führung der Reichsgeschäfte verhältnismäßig leicht zu vermeiden wären. Jedenfalls haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß die politische Luft abermals von Krisengerüchten erfüllt ist, kaum daß die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten durch den bekannten Mehrheitsbeschluß des Reichstages fürs erste wieder in den Hintergrund gedrängt ist.

Die knüpfen an zwei Fragen von allerdings höchster Dringlichkeit an. Einmal die Devisenordnung. Selten hat eine Regierungsmaßnahme wirtschaftlicher Natur einen so ausgesprochenen Mißerfolg zu verzeichnen gehabt wie diese. Man erwartete von ihr eine Eindämmung der reinen Devisenspekulation, eine Festigung der Mark und ein Anwachsen des Vertrauens im Auslande zur Abwehrkraft unserer Regierung. In jeder Beziehung ist leider das Gegenteil eingetreten. Die Bewegung auf dem Devisenmarkt hat eher zu- als abgenommen. Die Mark gleitet unaufhaltsam in die Tiefe, und im Auslande glaubt kaum noch irgend jemand an die Fähigkeit des Reiches, dem Verderben, von dem es bedroht ist, noch aus eigener Kraft Einhalt zu gebieten. Die deutschen Börsen sind von einem förmlichen Taumel erfasst. Das markbesitzende Publikum schlägt sich förmlich um Effektenbesitz, und da die Papiergeldflut mit jedem Tage immer gewaltiger anschwillt, scheint die Bevölkerung nur noch eine Sehnsucht zu kennen: sich so rasch wie irgend möglich der Papiergeldvorräte zu entledigen, um sie gegen irgendwelche Objekte von realer Bedeutung einzutauschen. So entsteht und muß die Frage entstehen, ob der erste Schritt, den die Regierung mit der Devisenordnung getan hat, zurückgenommen, oder ob weitere Schritte auf der gleichen Bahn getan werden sollen. Hier geraten die sozialistische Richtung des Reichswirtschaftsministeriums und die entgegengesetzt orientierte Richtung des Reichsfinanzministeriums unweigerlich zusammen, und ob man es will oder nicht, die Gegensätze erhalten unter dem Druck der Lage eine politische Färbung, die ihre Lösung eher erschwert, denn erleichtert.

Nicht viel anders liegen die Dinge in der Frage der Getreideumlage. Hier hat der zuständige Reichstagsausschuß eine Verdopplung der für das erste Drittel festgesetzten Preise beschlossen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und einiger Bürgerlicher und entgegen der Abmachung des Reichsernährungsministers Fehr. Die Sozialdemokratie droht nun mit ernstlichen Maßnahmen unter Hinweis darauf, daß bei dem gegenwärtigen Dollarkurs der Einkauf ausländischen Getreides kaum noch mehr möglich sein werde. Deshalb fordert sie die Rückkehr zu ausgesprochener Zwangswirtschaft, während die bürgerlichen Parteien umgekehrt eher zu einer Abschwächung des Getreideumlagegesetzes geneigt sind.

Wie diese scharfen Gegensätze ausgeglichen werden sollen, ist schwer erkennbar, zumal in beiden Fragen höchste Eile geboten erscheint. Es kommt hinzu, daß das Gewicht der noch nicht offiziell zur Koalition gehörenden Deutschen Volkspartei schon jetzt mit jedem Tage schwerer in die Waagschale fällt, wie sich bereits bei der Entscheidung über die Vertagung der Reichspräsidentenwahl deutlich gezeigt hat. Der Reichskanzler ist offensichtlich bemüht, seinen ganzen Einfluß im Sinne eines Ausgleichs geltend zu machen, und man kann ihm darin nur um so mehr Erfolg wünschen, als die Stunde für heftige Parteikämpfe jetzt weniger als je bei uns gekommen ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kanzler über die Wirtschaftslage.

In einer Unterredung mit einem italienischen Pressevertreter erklärte Dr. Wirth, die ungeheure Notenemission sei nicht die Ursache, sondern die unvermeidliche Folge des Marksturzes. Heute haben wir keinen Groschen mehr. Unsere Hilfsquellen sind erschöpft, wir haben kaum das notwendige Brot, um unser Volk bis

zum Jahresende zu ernähren. Wer unter Drohungen immer wieder Geld von uns herauspressen will, dem können wir ruhigen Gewissens antworten: erst werden wir an Brot für unsere Kinder denken, später an die Reparationen. Das soll man auch im Auslande wissen. Aber die Konferenz in Brüssel sagte der Kanzler: „Von dieser Konferenz weiß ich überhaupt nichts. Wenn man uns einlädt, so werden wir die Erklärung abgeben, daß wir kein Geld haben, und eine lange Ruhepause benötigen, um uns vor dem Bankrott zu schützen.“

Die Attentatspläne gegen den Kanzler.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer hat sich zur Untersuchung über den Attentatsplan gegen den Reichskanzler nach Berlin begeben, wo er die Vernehmung des in Hagen Verhafteten vorgenommen hat. Die Angaben, die dieser über den Attentatsplan gegen Dr. Wirth gemacht hat, werden jetzt weiter nachgeprüft. Der Festgenommene bleibt vorläufig in Haft. Dr. Ebermayer ist nach Leipzig zurückgekehrt.

Deutschnationale und Böhmische.

Die deutschnationale Reichsrechtsfraktion hat den Beschluß gefaßt, dem Abg. v. Graefe-Goldebeck mitzuteilen, daß sie wegen seiner Haltung in der Frage der „böhmischen Arbeitsgemeinschaft“ eine weitere Fraktionsgemeinschaft mit ihm nicht für möglich hält. Damit ist dieser Abgeordnete, der seine Haltung der Fraktion gegenüber nach Ansicht der Fraktion ungenügend gerechtfertigt hat, als von der Fraktion ausgeschlossen anzusehen.

Frankreich.

Die Internationale Eisenbahnkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz nahm einen Statutenentwurf an, der einen dauernden Organismus zur Förderung der Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs unter dem Namen Internationale Eisenbahnunion vorsieht. Die Verwaltung der Union übernimmt ein aus 12 Verwaltungsmitgliedern bestehendes Komitee, zu dessen Vorsitzenden der älteste Direktor der französischen Eisenbahnen ernannt wurde. Die drei Vizepräsidentenposten werden von Deutschland, England und Italien gestellt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Nachprüfung über den Ausfall der Abstimmung betr. den Verbleib Oberschlesiens bei Preußen findet am 6. November durch das Wahlprüfungsgericht in Berlin statt.

Strasbourg. Die Eisenbahner-Gewerkschaften haben in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Verpachtung des Eisenbahnnetzes und gegen das Dekret über die Abschaffung des Achtfundentages protestieren.

Moskau. In diesem Winter müssen 8 Millionen Russen unterstützt werden. Für 3 Millionen hat die Sowjetregierung die Hilfe des amerikanischen Hilfskomitees erbeten.

Washington. Kriegssekretär Weeks hat erklärt, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein würden wahrscheinlich erst zu Beginn des Winters zurückgezogen werden.

Deutscher Reichstag.

(263. Sitzung.) **OB. Berlin, 23. Oktober.**

Die heutige Sitzung setzte lebhaft ein. Anlaß dazu gab eine Interpellation aller Parteien — nur die Kommunisten nahmen daran nicht teil —, die Einspruch erhob gegen das Vorgehen der interalliierten Rheinlandkommission im Falle Smeets.

Der Fall ist bekannt, Smeets ist von dem zuständigen deutschen Gericht wegen mehrerer Verbrechen, darunter schwerer verleumdender Beleidigung des Reichspräsidenten in der von ihm herausgegebenen Zeitung verurteilt worden. Die Rheinlandkommission hat aber die Vollstreckung dieses Urteils verboten. Die Interpellanten forderten mit Rücksicht darauf, die Regierung auf, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß das von der Rheinlandkommission ausgesprochene Verbot rückgängig gemacht und die deutsche Rechtspflege im besetzten Gebiet in Zukunft vor Störung und Verwundung geschützt werde.

Nachdem sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hatte, begründete Abg. Söhlmann (Soz.) die Interpellation. Er nannte es einen unerhörten Zustand der Rechtsunsicherheit, wenn die Ehre der deutschen Regierung und ihrer Vertreter schloß einem Zeitungsmanne preisgegeben sei, der über einen Schutzbrief der Besatzungsmächte verfüge. Die rheinische Bevölkerung kann die Gewalttherrschaft der Besatzungsmächte nicht mehr ertragen. Abg. Lauffer (Zentr.) bezeichnete die Zustände im besetzten Gebiet als aller Kultur und allen Rechtsbegriffen hohnsprechend. Abg. Wolbenhauer (Deutsche Volksp.) schloß dieser Erklärung an. Abg. Dr. Mumm (Deutschnat.) begrüßte es mit großer Freude, daß in dieser Frage von nationaler Bedeutung eine Einheitsfront von rechts nach links hergestellt sei. Abg. Erkelenz (Dem.) bezeichnete die Entscheidung der Rheinlandkommission als einen glatten Rechtsbruch aus politischen Gründen. Abg. Dr. Deermann (Völk.) bemerkte, je mehr die rheinische Bevölkerung bedrückt wird, umso lauter wird in ihrem Herzen der Ruf widerhallen: „Fest steht und treu die Wacht am Rhein“.

Reichskanzler Dr. Wirth

erklärte, die Regierung betrachte mit den Interpellanten die Entscheidung der Rheinlandkommission als einen schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung, der nicht widerspruchslos hingenommen werden kann. Durch diese Entscheidung wird die Ehre des Reichspräsidenten auf deutschem Boden verleumdend preisgegeben. Es wäre eine Rückkehr zur Kabinettsjustiz des absolutistischen Regiments vergangener Jahrhunderte, wenn eine politische Körperschaft das Urteil eines unabhängigen Gerichts annullieren könnte. Die Reichsregierung hat bei den Regierungen der alliierten Mächte ernste und nachdrückliche Vorstellungen gegen die Entscheidung erhoben und darauf hingewiesen, daß sich der Reichspräsident dadurch nicht nur in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt, sondern auch als Staatsbürger verletzt fühle. Ebenso ist Einspruch erhoben worden gegen die Beleidigung der Richter, die in der Entscheidung der Rheinlandkommission liege. Eine Antwort der alliierten Regierungen steht noch aus. Damit war diese Angelegenheit erledigt; denn ein kommunistischer Antrag auf Bezeichnung der Interpellation fand nicht

die nötige Unterstützung.

Zwei kleinere Vorlagen, eine Novelle zum Reichstagswahlgesetz, wonach der Stimmzettel auch die Parteibezeichnung enthalten darf, und die Abgabenerordnung für den Kaiser-Wilhelm-Kanal wurden in allen drei Lesungen angenommen.

Die Befoldungsordnung der Beamten.

Dann kam man zur 2. Beratung der 7. Ergänzung des Befoldungsgesetzes und des 4. Nachtragsetats. Beim Befoldungsgesetz wurde nach längerer Auseinandersetzung beim Ortszuschlag die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Danach betragen die Ortszuschläge in der Klasse E 900 bis 2300, Klasse D 1200 bis 3000, Klasse C 1500 bis 3800, Klasse B 1800 bis 4500, Klasse A 2400 bis 6000 Mark. Die Vorlage wurde darauf auch in ihren übrigen Teilen angenommen, und sodann wurde die Ergänzung des Befoldungsgesetzes und der 4. Nachtragsetat auch in 3. Lesung genehmigt.

Einmütig angenommen wurde darauf eine Entschließung Delius (Dem.), wodurch die Regierung ersucht wird, bei der neuen Festlegung der Wirtschaftsbefehle vor allem die besonderen Verhältnisse der Beamten in den Grenzorten zu berücksichtigen, die unter dem Valutazustand schwer zu leiden haben. Ferner wurde angenommen die Vorlage zur Verdoppelung der Kriegsschädigtenrenten. Den nächsten Gegenstand der Beratung bildete die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen darüber wurde ein Zentrumsantrag auf Wiederherstellung der Gehaltsgrenze in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 111 Stimmen angenommen. Nach diesem Antrage legte der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrates die Jahresarbeitsverdienstgrenze fest.

Preussischer Landtag.

(179. Sitzung.)

14. Berlin, 23. Oktober.

Das Haus beschäftigte sich heute, genau wie der Reichstag, mit Fragen des besetzten Gebietes im Westen und behandelte eine Anfrage aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten über die

Rechtsunsicherheit im Rheinlande.

wie sie im Fall Smeets zutage getreten ist. Smeets war zu Gefängnisstrafen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und anderer Delikte verurteilt worden und die interalliierte Rheinlandkommission hat die Vollstreckung der Strafe verboten. Abg. Dr. Heinemann (D. Volksp.) begründete die Anfrage in ähnlicher Weise, wie es im Reichstage geschah. Ministerpräsident Braun antwortete und sagte, die Alliierten hätten eine große Reihe von Verordnungen erlassen, die den schwersten Eingriff in unsere Rechte darstellen und es den dortigen Beamten fast unmöglich machen, den sich schon schweren Obliegenheiten gerecht zu werden. Am schwersten aber sei der unerhörte Eingriff in die preussische Justizhoheit im Falle Smeets. Hier handele es sich um die Vernichtung des letzten Bollwerks der Souveränität des preussischen Staates. Sich mit Herrn Smeets zu befassen, heiße ihm zu viel Ehre antun. Von der Regierung seien alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden. Die Reichsregierung habe sofort ihre Vorgesetzten in Paris und London und den Gesandten in Brüssel angewiesen, Einspruch zu erheben und zu verlangen, daß die Rheinlandkommission angewiesen werde, den Schritt wieder ungeschehen zu machen. Der Rhein sei deutsch und solle deutsch bleiben.

Die Kommunisten vollführten lebhaften Lärm während der Rede des Ministers, während das übrige Haus ihm lebhaften Beifall zollte.

In der weiteren Besprechung der Zustände im besetzten Gebiet forderte Abg. Danker (D. Volksp.) die Übernahme der Wirtschaftsbefehle für das besetzte Gebiet auf das Reich. Abg. Frau Schiffgen (Soz.) machte gleichfalls Vorschläge zur Verringerung der herrschenden Not.

Keine Ausgleichszahlungen bis Juli 1923

Die Berliner Beratungen beendeten.

Seit mehreren Tagen fanden in Berlin Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter statt, um eine Neuregelung der deutschen Ausgleichszahlungen zu treffen. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen in Berlin, Paris, London und Brüssel zur Annahme vorzulegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage erfolgen. Die Regierung bereitet außerdem eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichszahlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll. Daß jetzt von Ausgleichszahlungen keine Rede sein kann, ist bei dem augenblicklichen Dollarkurs eine Selbstverständlichkeit. Dennoch wird man sich von dieser jetzt beschlossenen Stundung noch keine Wirkung versprechen können, solange die Frage der noch höheren Reparationszahlungen ungeklärt bleibt.

Große Kohleneinfuhren.

Die Folgen der Reparationslieferungen.

Der Reparationskommission sind kürzlich auf ihr Ersuchen die Zahlen der Bestände der Reichseisenbahn, der Gas- und der Elektrizitätswerke an Kohlen amtlich mitgeteilt worden. Die Bestände der Reichseisenbahn beliefen sich am 30. 6. auf 730 096 Tonnen für 16 Tage, am 31. 8. auf 1022 192 Tonnen auf 23 Tage. In demselben Zeitraum hat die Reichseisenbahn

große Mengen englischer Kohle angeliefert, die sich beliefen bis 30. 6. auf 666 300 Tonnen und bis 31. 8. auf 1 890 650 Tonnen. Die Bezüge englischer Kohle, die als Vorrat für den Winter eingekauft waren, sind, wie diese Zahlen ergeben, größer als die Bestände der Eisenbahn. Daraus geht hervor, daß

die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Sommerverbrauch decken können.

Die Zahlen für die Bestände der Gaswerke lauten: Bestand am 30. 6. 339 028 Tonnen und am 31. 8. 470 164 Tonnen. Bis zum 31. 8. hatten die Gaswerke rund 487 000 Tonnen ausländische Kohle bezogen, also mehr, als ihr Bestand am 31. 8. war. Die Elektrizitätswerke

Statt Karlen!

Käte Oberhäuser
Gerhard Brandt

Verlobte.

Altena

Oktober 1922.

Halver

Statt besonderer Anzeige.



Heute nacht 12 $\frac{1}{2}$ Uhr verschied zu Halver, nach kurzer Krankheit von nur wenigen Tagen, unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Urgrossmutter

Frau Wwe. Wilh. Koch

Alwine, geb. Borlinghaus
im 93. Lebensjahre.

Ein gottbegnadetes Leben, reich gesegnet sowohl durch Glück wie durch Sorge, durch Liebe wie durch Leid, ist erloschen. Unsere liebe Entschlafene hat in ihrem Leben viel Liebe gesät und viel Liebe geerntet. Wir werden sie nicht vergessen!

Wilhelm Koch und Frau

Martha geb. Schreyer

Ernst Koch und Frau

Lina geb. Alberts

Wilhelm Quabeck und Frau

Auguste geb. Koch

10 Enkel und 5 Urenkel.

Neheim, Plettenberg und Halver,
den 24. Oktober 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag in Plettenberg statt. Ueberführung dorthin in aller Stille.

Verordnung über die Anbringung von Preisschildern

Auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 607 ff.) 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 728 ff.) in der seit dem 17. Juni 1916 geltenden Fassung (Bekanntmachung vom 6. Juni 1916 R. G. Bl. S. 673) sowie des Reichsgesetzes zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafen vom 21. 12. 1921 (R. G. Bl. S. 1604) wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten zu Arnswald für den Umfang des Kreises Altena folgendes bestimmt:

§ 1.

Wer im Kleinhandel feilgehaltene Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs und zwar: Heiz- und Beleuchtungsgegenstände, Tabakwaren, Pfeifen, Beleuchtungsgegenstände, Wäsche, Kleidungsstücke, Herrenhüte, Damenhüte, sonstige Bekleidungsgegenstände, einschließlich Zuzaten, Web- und Strickwaren, Garne, sowie aus diesen Gegenständen hergestellte Erzeugnisse, Küchen- und Haushaltungsgegenstände, Uhren mit Ausnahme goldener, Schirme und Stöcke, Kleinlebenswaren, Schreibwaren, Schulartikel, Messerwaren mit Ausnahme silberner, eiserne Möbel sowie lackierte, gestrichene und rohe Holzmöbel, Gegenstände zur Pflege des Körpers und der Gesundheit, reine Bedarfsgegenstände, Spielwaren, Sporttaschen, Trauerkränze im Laden, Schaufenster, in Schaufenstern, auf den Wochenmärkten, in den Markthallen, oder im Straßenhandel ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, unmittelbar an jeder ausliegenden Ware ein Preisschild anzubringen, auf dem der Preis für ein ganzes Pfund, Liter, Meter, Stück oder eine sonst übliche Einheit der Ware in deutlich lesbarer Zahl in deutscher Währung angegeben ist.

Die Ausstellung von verkauften Gegenständen in Schaufenstern und Schaufenstern ist untersagt.

§ 2.

Die Preisanündigung auf Preisschildern gilt als Preisforderung im Sinne der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. 5. 1918 (R. G. Bl. S. 395). Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen an die Verbraucher zu dem auf den Preisschildern angekündigten Preisen gegen Barzahlung darf nicht verweigert, insbesondere auch nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.

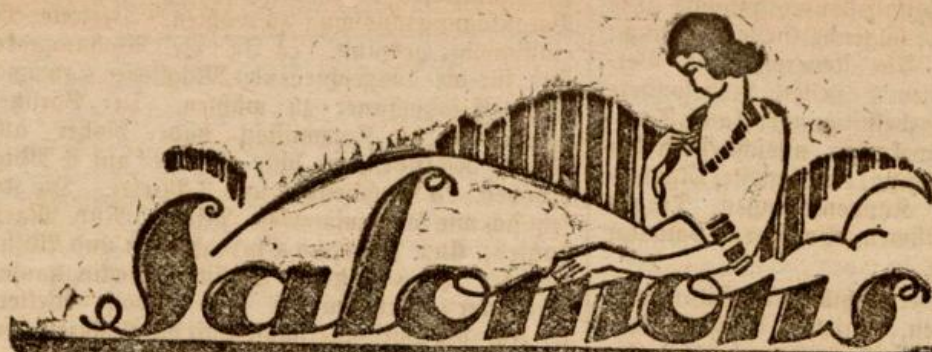
§ 3.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen androhen, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

§ 4.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.
Altena, den 16. Oktober 1922.

Der Kreisaußschuß des Kreises Altena
Der Vorsitzende: Thonée, Landrat.



Damen- und Kinder-Konfektion
HÄGEN I. W.
ELBERFELDERSTR. 36 TEL. 3322

DORTMUND
BRÜCKSTR. 52 TEL. 5576

Wir bringen in großer Auswahl:

Winter-Mäntel, Flausch-Mäntel, Tuch-Mäntel,
Velour de Laine-Mäntel, Astrachan-Mäntel,
Samt-Mäntel, Seal-Plüsch-Mäntel, Wetter-Mäntel,
Jackenkleider, Taillenkleider in Seide und Wolle,
Strickjacken, Kostümröcke, Jumper, Blusen,
Kinder-Mäntel, Kinder-Kleider.

Bekanntmachung.

Zu Ergänzung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1922 werden als weitere Zeichnungsstellen für Zwangsanleihe bekanntgegeben:

1. Gewerbebank in Lüdenscheid,
2. Sparkasse in Rönnefeld.

Lüdenscheid, den 23. Oktober 1922.

Finanzamt,

Dr. Plew, Regierungsrat.

Achtung!

Bin ständig

**Käufer sämtlicher Sorten
Häute und Felle aller Art**
das ganze Jahr hindurch ob Sommer- oder Winterfelle
und zahle reelle hohe Preise.

Wilh. Henkelbach, Halver,
Berlinerstraße 1.

Achtung!

Habe stets auf Lager:

Herren-Paletots

Herren-Anzüge

Loden-Jacken

gestreifte Hosen

Damen-Kleider

Damen-Mäntel

Kostüm-Röcke

Blusen usw.

Paul Schulte,
Halver-Obernherweg.

1894

Großes Lager preiswerter

Beleuchtungskörper
Elektr. Heiz- u. Kochapparate,
Staubsauger, Bügeleisen,
Haartrocken-Apparate

**Elektrizitäts-Gesellschaft
Geißler & Schuller,**
HAGEN I. W., Elberfelderstraße 44.

— Telefon 2314. — 1320

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatblattes
dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse
nie vergessen. Den in diesem Blatte
inserierenden Geschäften gebe man beim
Einkauf den Vorzug.

Elektr. Anlagen

für Industrie und Landwirtschaft.



Bergstrasse 123.

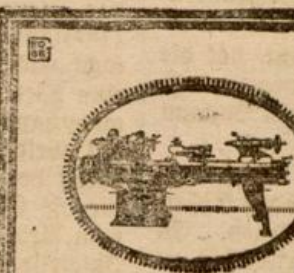
Fernruf 259, 3916.

Automobil- Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften.



Gerner & Co.
Hagen-Westf.

Elberfelderstraße 80 Fernsprecher 3380

Korbwaren

offene Marktörbchen,
Nähtörbchen, Zeitungsmappen,
Papierkörbe
empfiehlt in großer Auswahl
Wilh. Bell jr., Halver.

Jugendliche Arbeiter

für Kernmacherei gesucht.

C. Zoh,

G. m. b. H.,

Halver i. Westf.

Für den Nachweis von Lokomobilen Feldbahngleisen suchen wir tüchtige - Vertreter - gegen hohe Provision.
J. Carl Suhr G. m. b. H.
Hamburg 13, Rentzelstr. 6

Moderne

**Damen- und
Herren-Garderoben**

kaufen Sie vorteilhaft
auch auf

**Teilzahlung
im**

Bekleidungshaus

„Westfalia“.

Hagen i. W.,

Elbers-Ufer 10, 1968

Eingang Haidenstr.

Donnerstag nachmittag
erhalte ich

Rübe.

Hugo Kerspe, Halver.
Telefon 52

Neue

**Taschen-
Fahrplan**

für das Winterhalbjahr
sind vorrätig.

Wilhelm Bell jr., Halver.

Zigarren! Zigarretten
Rauch- u. Kautabake
nur beste Qualitäten!

Echte Bruger Pfeifen

und -Rögen,
Zigarren- u. Zigarettenstangen,
Tabakdozen und -beutel,
Zigarren- u. Zigarettenetuis

in großer Auswahl
empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.